

tugiesische Kirche zur Abwehr des Kommunismus durch die Erscheinungen in Fátima. Das ist die größte Hoffnung.

Die *Streitkräfte* scheiden als Ordnungsfaktor in Portugal wenigstens zur Zeit aus. Mit dem Sturz der alten Diktatur brachen auch ihre eigengesetzlichen Ordnungsvorstellungen zusammen. Eine von politischen Vorstellungen und Ideologien unbeeinflusste militärische Ordnung kann sich nur auf der Grundlage der allgemeinen Anerkennung etwa einer hypothetischen Grundnorm, wie sie der Rechtspositivismus von Kelsen vertritt, halten. Wenn die Grundnorm, daß man den Anordnungen bestimmter Menschen gehorchen soll, deren Befehle sich regelmäßig durchsetzen,

wie heute in den portugiesischen Streitkräften nicht mehr gilt, muß ein anderes Prinzip anerkannt werden, oder die Militärgewalt bricht zusammen. Wie die ungestraften Meutereien der letzten Wochen zeigen, ist der letztere Fall eingetreten. Die Armee ist nur noch ein Reflex der verschiedenen Parteiideologien. Sie kann erst wieder dann ein Ordnungsfaktor werden, wenn sich eine ideologisch kohärente Gruppe zu einem schlagkräftigen Kern zusammensetzt und den übrigen Teilen den notwendigen Respekt abfordert, der durch Sanktionen gegen Unbotmäßigkeiten unterstrichen wird. Zur Zeit steht noch nicht fest, welche Strömung hier den entscheidenden Einfluß ausüben wird.

Karl-Josef Schollmeyer

Kenia: Strahlende Fassade - ernüchternde Realität

Die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Gastgeberlandes der 5. Vollversammlung des ÖRK

Oberflächlich betrachtet, gilt Kenia auch heute noch als das politisch stabilste und wirtschaftlich entwickeltste Land Ostafrikas, als Vorbild für alle anderen Entwicklungsländer und als touristischer Leckerbissen für italien- oder spanienmüde europäische Urlauber. Die Hauptstadt Nairobi hat sich zum Wirtschafts- und Verkehrsknotenpunkt in Afrika entwickelt. Das 1973 eröffnete, nach dem Präsidenten benannte Kenyatta-Kongresszentrum zog vor zwei Jahren Weltbank und Weltwährungsfonds zu ihren Jahrestagungen an, vom 23. November bis 10. Dezember wird es Schauplatz der 5. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen sein. In einer kurzen Einführung im Rahmen der Vorbereitung der Vollversammlung charakterisierte der afrikanische Theologe *John S. Mbiti* den Tagungsort knapp mit folgenden Sätzen: „In vieler Hinsicht ist Nairobi, die Hauptstadt Kenias in Ostafrika, ein Spiegelbild des afrikanischen Kontinents und der heutigen Welt im kleinen. Es ist eine Stadt großer Kontraste, enormer Reichtum besteht neben bitterster Armut. Hochentwickelte moderne Kommunikationsmethoden konkurrieren mit traditionellen, westliche Medizin gibt auf die einen Probleme Antwort, während die afrikanische Heilkunst andere löst. Hier sieht man Christen, Muslime, Juden, Hindus, Bahais und Anhänger der traditionellen afrikanischen Religion Seite an Seite miteinander leben und arbeiten.“

Diese Fakten sind unbestreitbar, doch spiegeln sie nur einen Teil der Realität Kenias 1975 wider. Daß der junge Staat „voller Leben und Dynamik“ und entschlossen ist, „sich den Forderungen und Schwierigkeiten der modernen Welt zu stellen“, könnte ebenso aus einem Regierungsamtlichen Werbeprospekt stammen wie der auch hier wieder

verbreitete Slogan von der „politischen Stabilität und wirtschaftlichen Prosperität“. Nichts also von Unterdrückung der Opposition, von politischen Morden, von wirtschaftlicher und finanzieller Überfremdung, von unglaublicher Bereicherung einer kleinen Führungsschicht auf Kosten der Masse der Bevölkerung, nichts von Stammesrivalitäten und Stammesegoismus (statt dessen ein Hinweis auf den Rassismus im südlichen Afrika). Hier bedarf das offizielle Bild unbedingt einer Korrektur.

Der Mythos gerät ins Wanken

Unbestreitbar hat der schon fast legendäre Präsident *Jomo Kenyatta* durch seine lange auch von politischen Rivalen anerkannte Rolle als „Baba Wa Taifa“, als Vater der Nation, zu der Kontinuität der Entwicklung des Landes seit Erlangung der Unabhängigkeit am 12. Dezember 1963 beigetragen. Der frühere Motor der *Unabhängigkeitsbewegung Mau-Mau*, der an der London School of Economics und in Moskau seine Ausbildung erhielt, der nie etwas für sozialistische Wirtschaftsdoktrin übrig hatte und sich trotz Verurteilung zu zehn Jahren Zwangsarbeit durch die Engländer 1953 (nach sechs Jahren wurde er freigelassen) nach der Unabhängigkeit für eine gütliche Einigung mit Großbritannien einsetzte und seine Autobiographie über die Zeit des Widerstandskampfes bezeichnenderweise „Leiden ohne Bitterkeit“ betitelte, lenkt seit 1963 die Geschicke des Landes — zunächst nach britischem Parlamentarismus-Modell, in letzter Zeit mehr und mehr autoritär. Der in der Tagespresse allgemein als „Mzee“, der Alte, bezeichnete, inzwischen etwa 83jährige Präsi-

dent, machte sich nach 1963 einen Namen damit, daß er es verstand, sowohl innen- als auch außenpolitisch ein geschicktes Balancespiel zu beherrschen. Er galt als verbindende Brücke sowohl zwischen den zahlreichen afrikanischen Stammesgruppen als auch zwischen der afrikanischen Bevölkerung und den nicht unerheblichen im Lande gebliebenen europäischen und asiatischen Minderheiten. Nach außen hin hielt er sich zudem von allzu enger Bindung an einen ideologischen Block fern und widersetzte sich radikalen Afrikanisierungsforderungen aus den eigenen Reihen ebenso wie Anbiederungsversuchen seitens sozialistischer Länder.

Seine *versöhnliche Behandlung* gegenüber den *weißen Farmern* ermöglichte es ihm, weitere Anreize für große Investitionen durch ausländische Firmen zu schaffen. Als Ausgleich gegen einseitige Abhängigkeiten setzte er sich im übrigen von Anfang an für eine enge Kooperation mit internationalen Organisationen ein. Die maßvolle Haltung bei Auslandsanleihen und die durch die relative Stabilität erreichte Kreditwürdigkeit des Landes, die flexiblen Handelsmechanismen, die liberalen Investitionsgesetze und schließlich der schon früh einsetzende Tourismus-Boom sorgten innerhalb von zehn Jahren für einen wirtschaftlichen Aufschwung, der sich in einer Wirtschaftswachstumsrate von durchschnittlich 7% jährlich niederschlug. Damit verließ Kenia die Gruppe der 25 ärmsten Länder der Welt — sicherlich zu früh für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung. Denn von dem steigenden Wohlstand profitiert in erster Linie eine relativ kleine Oberschicht zumeist städtischer Bewohner. Die Einkommen der Mehrheit der Bevölkerung stagnieren. Nur 1,3 Millionen von damals 12 Millionen hatten Ende 1973 ein Bareinkommen, jeder fünfte Mann und noch mehr Frauen waren damals arbeitslos (Jeune Afrique, 6. 1. 74). Dabei besagen die Angaben über das Bareinkommen natürlich noch nichts über den Lebensstandard, da bei entsprechendem Landbesitz und funktionierenden regionalen Marktmechanismen durchaus der traditionelle Stil der Selbstversorgung, kombiniert mit Warenaustausch auf der Basis Naturalien gegen Fertigprodukte oder Dienstleistungen, ausreichen kann für die Garantie eines Existenzminimums.

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung Kenias ist heute jünger als 16 Jahre (im Vergleich: in der Bundesrepublik ist es nur ein Viertel). Von den rund 13 Millionen Einwohnern sind 4,5 Millionen im arbeitsfähigen Alter, doch sind von ihnen rund 3 Millionen unterbeschäftigt oder arbeitslos. Jahr für Jahr finden immer weniger Schulabgänger einen Arbeitsplatz. 1970 waren es bereits 100 000 (vgl. Das Wort in der Welt, August 1975), für dieses Jahr rechnet man fast mit der doppelten Zahl. Für diese Jugendlichen bleibt meistens nur die Abwanderung in die Slums und Großstädte, wo sie selten eine sporadische Beschäftigung finden, vielmehr meistens mit Kriminalität in Berührung kommen. Hier entwickelt sich unaufhaltsam ein Sozialkonflikt, der das Land in absehbarer Zeit völlig erschüttern kann.

Das *jährliche Bevölkerungswachstum* von annähernd 4% (!) macht im übrigen viele langfristigen Pläne schnell zunichte. Die landwirtschaftliche Anbaufläche kann nicht erweitert werden. Solange aber in den fruchtbaren Gebieten das Prinzip von Großplantagen und -farmen beibehalten wird, ist nicht mit Gewinnung neuer Arbeitsplätze auf dem Lande zu rechnen. Dies wiederum verstärkt die Landflucht und vergrößert die Probleme in den Städten. Dort sind zwar in den vergangenen Jahren sehr viele neue Arbeitsplätze geschaffen worden, doch werden sie heute von meist älteren früheren Landbewohnern besetzt, die länger als sonst üblich auf ihrem Arbeitsplatz bleiben und so den Zugang für vielleicht von der Ausbildung her qualifiziertere Jüngere besetzen. Die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und die attraktiven Gehälter haben diesen Trend verstärkt (Ergebnisse einer vom Internationalen Arbeitsamt ILO durchgeführten Untersuchung, vgl. Revue International du travail, Dezember 1974, 515 ff. und idoc-Dokumentation Nr. 14/1975: Uhuru and Harambee: Kenya in Search of Freedom and Unity, 35 ff.).

Da das Land nur zu 12% landwirtschaftlich nutzbar ist, die *forcierte Industrialisierung* aber noch keineswegs den Charakter Kenias als Agrarland verändert hat, kommt der Frage des Landbesitzes besondere Bedeutung zu. Die bisherige Praxis jedoch und die daraus resultierende ungleiche Einkommensverteilung sind Zündstoff für zu erwartende soziale Konflikte, die seit etwa zwei Jahren immer offensichtlicher werden und immer größere Teile der Bevölkerung mobilisieren. Die wachsende Kritik an der Regierung und der Politik der Einheitspartei KANU (Kenya African National Union) hat Jahr für Jahr zu größeren Einschränkungen politischer Freiheiten geführt. Parallel dazu verlief ein Popularitäts- und Vertrauensschwund für den „Vater der Nation“, der im März dieses Jahres seinen Höhepunkt erlebte. Bei der Schlichtung von Stammesfehden galt er zu Recht als Klammer oder Brücke, doch für die neuerdings quer durch die Stämme gehenden Rivalitäten und Machtkämpfe zwischen Wohlhabenden und Habenichtsen reicht sein Charisma als Befreiungsheld nicht aus. Der Kontrast zwischen einer modernen City und elenden Slums, zwischen Stadt und Land, zwischen Arm und Reich ist nicht länger durch ständige Verweise auf die Taten der Vergangenheit zu verwischen oder herunterzuspielen. Die Unruhe gärt — und Kenyatta will sie nicht wahrhaben. Der Held ohne Erbe scheint den Bezug zu einer veränderten Realität verloren zu haben bzw. diese auf keinen Fall wahrhaben zu wollen. So darf z. B. über seine Nachfolge, die von großer Bedeutung für die Zukunft des Landes sein wird, offiziell nicht gesprochen werden.

„Sozialismus“ sehr „kapitalistisch“ eingefärbt

Richtschnur für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes seit 1965 ist das sogenannte „*Sessional Paper Nr. 10*“

mit dem Titel „Afrikanischer Sozialismus und seine Anwendung auf die Planung in Kenia“. Kenyatta nannte diese programmatische Schrift, die der damalige Planungs- und Entwicklungsminister *Tom Mboya* verfaßt haben soll, die „Kenia-Bibel“. Zusammen mit dem Manifest der Einheitspartei *KANU* bildet dieses Dokument bis heute die Regierungsrichtlinie.

In der Präambel, die Kenyatta dazu verfaßte, wird herausgestellt, die Regierung habe hierin die Maßnahmen festgelegt, die „schnelle wirtschaftliche Entwicklung und sozialen Fortschritt für all unsere Bürger sichern“ sollen (vgl. Zeitschrift für Kulturaustausch, 1/71). Die rein wirtschaftliche Entwicklung erhält nach diesem Konzept klare Priorität, der die Transformation der traditionellen in eine moderne Gesellschaft und das dritte Problem, „Nation-building“, eindeutig untergeordnet sind. „Im ersten Teil stimmt Paper Nr. 10 mit den Werten der traditionellen afrikanischen Gesellschaft eines Nyerere, Sékou Touré, Nkrumah und anderen überein. Anders als diese jedoch wird der Frage des Bodenrechts in der traditionellen Gesellschaft nicht auf den Grund gegangen, vielmehr die Verschiedenartigkeit der Auffassungen darüber nur erwähnt. Obwohl die Mehrzahl der Einwohner Kenias Bantu sind, man also davon ausgehen kann, daß das Bodenrecht dem in Tansania gleich, werden daraus nicht die gleichen Konsequenzen gezogen. In Kenia wird jede Form des Landbesitzes, vom Privatbesitz über Kooperative bis zum Staatsbesitz, zugelassen“ (a. a. O.).

Diese Entwicklung bestimmt bis heute das Bild Kenias auf dem Lande. Sie bietet zudem sowohl den benachbarten Ländern wie Tansania als auch den innenpolitischen Opponenten immer wieder Stoff für harte Kritik an dem wirtschaftspolitischen Kurs des Landes. Eine umfassende *Landreform* wurde erfolgreich von einflußreichen Gruppen verhindert. Alle Beteuerungen Kenyattas, in diesem Bereich Reformen zu verwirklichen, sind bisher Propaganda geblieben. Eine kleine Oberschicht des tonangebenden und stärksten Stammes, der Kikuyu, ist nach der Unabhängigkeit sehr bald in die Fußstapfen der weißen Farmer und Großgrundbesitzer im ehemaligen „Weißen Hochland“, dem fruchtbarsten Gebiet des Landes, getreten. Sie herrschen und beherrschen die Farmen wie früher die Weißen mit abhängigen Scharen unterbezahlter Landarbeiter. Daneben gibt es eine große Zahl sogenannter „Landloser“, die mit einem Stück Land versorgt wurden. Doch wurden ihnen Parzellen in einem völlig unentwickelten Teil des Landes zugewiesen, in dem die Bearbeitung mühsam, der Ertrag gering und die Dürre bestimmend sind. 90% aller Kleinbauern, die auf diese Weise versorgt wurden, stammen übrigens ebenfalls aus dem Kikuyu-Stamm, womit sowohl der Zwist zwischen den Stämmen als auch die Spannung innerhalb des einen Stammes gefördert wurde. Neben diesen beiden landwirtschaftlichen Zonen, nämlich der entwickelten Großgrundbesitzerzone im fruchtbaren Hochland mit einer gut funktionierenden Infrastruktur und der armen Kleinbauernzone, in der für

den eigenen Bedarf und fernab der Gesamtentwicklung produziert wird, gibt es noch wenige städtische Ballungszentren mit beachtlicher Industrie, aber enormen sozialen Problemen und Gebiete, die sich ganz auf den großen Tourismus eingestellt haben. Damit konnte in den vergangenen Jahren zwar viel Geld verdient werden, doch zeichnet sich bereits jetzt ein Rückgang der Buchungen ab, der die gewaltigen Investitionen fragwürdig werden läßt. Es mehren sich die Forderungen, die Expansion im Tourismusgeschäft endgültig zugunsten der Produktion von Düngemitteln, landwirtschaftlichen Maschinen und Strukturverbesserungen auf dem Lande aufzugeben.

Geblieben ist bis heute auch die fast ausschließliche *Ausrichtung des Marktes auf die westlichen Industrieländer* und deren Bedürfnisse. Die vor einigen Jahren geplante engere Zusammenarbeit mit den Nachbarländern Tansania und Uganda im Rahmen der „East African Community“ (EAC) ist durch nationalstaatliches Denken und rücksichtslose Interessenpolitik weitgehend zunichte geworden. Der Einfluß multinationaler Konzerne und ausländischer Geldgeber auf die Wirtschaft des Landes gegen hat zugenommen. Dieser „Laissez-faire-Kapitalismus“ hat sicherlich in manchen Bereichen die wirtschaftliche Entwicklung stark gefördert, doch hat sich Kenia damit auch große soziale Probleme eingehandelt. Hauptexportgüter sind Kaffee, Sisal, Tee, Früchte und Baumwolle, Bodenschätze hat das Land dagegen praktisch nicht. Die Erhöhung des Ölpreises und die damit verbundene Verteuerung von industriellen Fertigwaren aus den Industrienationen hat das Land deshalb besonders hart getroffen. Für viele Waren sind die Preise innerhalb weniger Monate um mehr als 200% gestiegen. Die Löhne und Gehälter dagegen sind „eingefroren“, Streiks hat Kenyatta strikt verboten. So sind große Gruppen der Bevölkerung von der jüngsten Entwicklung in ganz besonderem Maße betroffen — immer mehr Menschen fehlt selbst das Existenzminimum.

Um von den innenpolitischen Versäumnissen abzulenken, werden von der Regierung jetzt die Araber als Feinde hingestellt, die durch ihre Ölpolitik die Schwierigkeiten des Landes beeinflusst haben sollen. Damit ist praktisch die dritte Welle einer Afrikanisierung eingeleitet. Nach dem allmählichen Hinausdrängen der Weißen nach 1963 folgte eine behutsame Vertreibung der Asiaten aus einer Vielzahl von Berufszweigen und jetzt ist die arabische Minderheit an der Reihe. Gleichzeitig läuft auch eine Kampagne gegen die arabischen Staaten. So hält sich hartnäckig die Forderung, im Stile der OPEC eine „Organisation Wasser exportierender Staaten“ (OWEC) zu gründen, die den Arabern das Nilwasser, die darin lebenden Fische und den vom Wasser mitgerissenen und in Ägypten z. B. angeschwemmten fruchtbaren Boden gegen Öl verkauft . . . Auch auf die Rolle der Araber beim Sklavenhandel wird in jüngster Zeit verstärkt in Presse und Rundfunk hingewiesen.

Stammesfehden und politische Morde

Nicht nur in der Landwirtschaft, auch in der Regierung, Verwaltung und im Geschäftsleben sind heute nach Ablösung der Weißen, der Asiaten und der Araber die Mitglieder des *Kikuyu*-Stammes bestimmend. In der Größenordnung folgen die *Luo* als Hauptkonkurrenten, die *Luya*, *Kamba* und *Kalajin*. Diese fünf Stämme zusammen machen etwa 75 % der Gesamtbevölkerung aus, während sich der Rest auf 82 weitere Stämme verteilt. Für die *Kikuyus* ist *Kenyatta* der „Adam des Stammes“, der große Häuptling, der sich die anderen untertan gemacht hat. Zwar bemühte sich *Kenyatta*, auch Mitglieder anderer Stämme ins Parlament und Kabinett zu bekommen, doch blieben sie immer in der Minderheit. Zwei politische Morde 1965 und 1969 veränderten zudem das politische Klima und die Struktur der Regierung in entscheidendem Maße. Gelang es dem Präsidenten 1965 noch, nach der Ermordung des Luo-Politikers *Pinto* die Gemüter zu beruhigen und blutige Auseinandersetzungen zwischen den Stämmen zu verhindern, so entwickelte sich die Ermordung des fähigen Luo-Politikers *Tom Mboya* 1969 zu einer lang andauernden Staatskrise. Die Hintergründe wurden zwar nie geklärt, doch wird allgemein angenommen, daß *Kikuyu*-Politiker Mörder gedungen haben, um den befähigten Politiker und möglichen *Kenyatta*-Nachfolger zu beseitigen. Nachdem *Kenyatta* im Luo-Gebiet selbst die Gemüter beruhigen wollte, dort aber beschimpft und bedroht wurde, verbot er kurzerhand die mehrheitlich von Luo-Mitgliedern getragene *Kenya People's Union* (KPU). Sämtliche führenden Parteimitglieder, unter ihnen der als linksradikal eingestufte *Oginga Odinga*, wurden verhaftet, weil die Partei „subversive Ziele“ verfolge und es auf den Sturz der Regierung abgesehen habe. Seitdem gibt es nur noch die KANU als Einheitspartei. Allerdings vereint sie eine Vielfalt von politischen Richtungen unter sich. Selbst *Oginga Odinga* erhielt nach einigen Jahren Haft die Möglichkeit, dieser Partei beizutreten. Als er sich jedoch bei den ersten Wahlen nach 1969 im Oktober vorigen Jahres aufstellen lassen wollte, verfügte *Kenyatta* kurzentschlossen, ehemalige KPU-Mitglieder dürften nicht gewählt werden. Wenn auch *Kenyatta* verschiedentlich betonte, er habe mit dem Verbot der *Oppositionspartei* nicht den Stamm der Luo treffen wollen, so ist dies effektiv jedoch der Fall gewesen. Schließlich war der Anlaß ja auch eindeutig. „Die traditionellen Verpflichtungen afrikanischer Familienverbände haben dazu geführt, daß die dominierenden *Kikuyus* im Schneeballsystem mehr und mehr Positionen für ihren Stamm in Anspruch genommen haben“ (NZZ, 22. 12. 73). Um die Einheit und Geschlossenheit der *Kikuyu* zu fördern, kam es im Gefolge der Ereignisse von 1969 sogar zu geheimen Eidesleistungen im Stil der Mau-Mau, bei denen sich die Stammesmitglieder verpflichten mußten, sich nicht mit anderen Stämmen zu vermischen und Sorge zu tragen, daß die kenianische Flagge immer im Hause Mumbi, dem Haus der Ahnen des *Kikuyu*-Volkes, bleibt.

Die ständigen Zwistigkeiten zwischen den Stämmen verloren erst im März dieses Jahres an Bedeutung, als der dritte politische Mord bekannt wurde. Diesmal war ein *Kikuyu* das Opfer: *Josiah Mwangi Kariuki*. Er galt als Idol der armen Bevölkerung, der Studenten und Intellektuellen, er hatte schonungslos auf Mißstände, auf Fehlplanung und Korruption aufmerksam gemacht. Die Auswirkungen waren diesmal besonders katastrophal, weil die Differenzen innerhalb des Hauptstammes zum Ausdruck kamen und *Kenyatta* unmittelbar in Verbindung mit dem Mord gebracht wurde. Zwar fehlen auch diesmal wieder Beweise, aber wegen der ständig größer werdenden Anhängerschaft des Politikers mußte sich *Kenyatta* herausgefordert fühlen. Er bemühte sich anschließend zwar, durch die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses jegliche Schuld von sich abzuwälzen, doch die Manipulationen mit dem Schlußbericht des Ausschusses ließen die alten Vermutungen wieder aufkommen, er habe doch seine Hand im Spiel gehabt. Damit ist aber auch der soziale Konflikt erstmals offenbar geworden. Hier wurde ein Mann zum Schweigen gebracht, der auf die Mißstände aufmerksam gemacht hat und dabei war, die Unzufriedenen zu sammeln und zur Selbsthilfe anzuregen (vgl. Internationales Afrika-Forum, April und Juli/August 1975).

Kenyatta reagierte auf die Unruhe in der Bevölkerung mit dem Versuch, alle Kritiker der Regierung als politisch irregeleitete oder kriminelle Elemente hinzustellen, die die Errungenschaften der Unabhängigkeit wieder rückgängig machen wollen. Die Gewerkschaften, die die natürlichen Sprecher für die Gruppe der Unterprivilegierten sein müßten, sind vom Präsidenten mundtot gemacht und zur Tatenlosigkeit verdammt worden. Reguläre Gewerkschafts-Neuwahlen im Mai dieses Jahres wurden einfach verboten. So bleiben noch die aufbegehrenden Studenten. Aber auch sie unterliegen neuerdings Maßnahmen, die ihr revolutionäres Engagement bremsen sollen. So erhalten bedürftige Studenten keine Stipendien mehr, sondern nur noch Darlehen, die sie nach Beendigung des Studiums zurückzahlen müssen. Außerdem sind sie verpflichtet, vor dem letzten Studienjahr praktisch in staatlichen Entwicklungsprojekten auf dem Lande zu arbeiten. Ob aber die immer größer werdende Zahl arbeitsloser Akademiker dann schließlich nicht doch Ausgangspunkt für neue soziale Unruhen sein wird? In diesem Jahr haben 215 152 Kinder die Grundschulen verlassen, 20 % von ihnen werden eine Oberschule besuchen, 17 % der Oberschüler werden Universitätsstudien beginnen — die Mehrzahl von diesen aber wird keine Beschäftigung finden. Dafür fehlt es an Arbeitsplätzen und Einrichtungen. Dieses sicherlich nicht nur auf Kenia beschränkte Problem hat viele Ursachen. Einmal ist es sicherlich der Dünkel vieler, sich als Universitätsabsolventen nicht die Hände schmutzig machen zu wollen. Damit eng verbunden ist die Neigung, sich jeglicher Arbeitsplatzbeschaffung auf dem Lande, fern der attraktiven Städte, zu widersetzen, wo man natürlich auch weniger verdient. Insofern können die neuen Maßnahmen

durchaus erfolgreich werden. Auch die Verpflichtung, die Stipendien zurückzahlen zu müssen, könnte dazu führen, daß die Studienanfänger sich nicht in Modefächern mit geringer Arbeitsplatz-Aussicht einschreiben, sondern sich nach solchen Fächern umsehen, die sowohl unterbesetzt als auch für die Volkswirtschaft dringend erforderlich sind. Unheilvoll wirkt sich jedenfalls die Mentalität aus, mit immer höher steigender Bildung sei einem Akademiker ein immer höheres Einkommen gesichert. Und diesen Erwartungen kann die Wirtschaft nicht entsprechen. Zudem sind immer noch führende akademische Posten von Weißen oder Asiaten besetzt.

Das Analphabetentum wird sich in naher Zukunft dadurch verringern, daß seit 1. Januar 1974 die ersten vier Grundschulklassen schulgeldfrei sind. Diese zur Zehnjahresfeier der Unabhängigkeit versprochene Maßnahme bedeutet einen großen Fortschritt, verliert aber an Bedeutung, wenn die Nachfolgemeasures ausbleiben. All diese Ansätze und Rückschläge, Modernisierungsversuche ohne radikale Änderungen und ängstlichen Kontrollmechanismen zur Bewahrung des Bestehenden sind im Grunde auf einen Mangel zurückzuführen: „Vergeblich... sucht man in den veröffentlichten Reden Kenyattas nach Passagen, die ein gesellschaftspolitisches Konzept erkennen lassen“ (Zeitschrift für Kulturaustausch, 1/1971).

Kirchliche Vielfalt — noch wenig Geschlossenheit

Sucht man auf diesem politischen und sozio-ökonomischen Hintergrund nach der Rolle der christlichen Kirchen und der anderen Religionsgemeinschaften, so fällt zunächst die verwirrende Vielfalt der Denominationen und Religionen auf. Die großen religiösen Gruppen sind die Christen (67% der Bevölkerung gegenüber nur 51% bei der Erlangung der Unabhängigkeit 1963), afrikanische Religionen (ca. 26%) und die Moslems (ca. 6%). Daneben gibt es Hindus, Sikhs, Jains, Juden, Bahai, Parsen. Von den 67% Christen sind 38% Protestanten und 29% Katholiken. Neben den römisch-katholischen Christen sind die größten Denominationen die anglikanische, presbyterianische, baptistische, orthodoxe und lutherische. Daneben existieren 157 unabhängige afrikanische Kirchen.

Trotz der unglaublichen *Vielfalt und Aufspaltung der unabhängigen afrikanischen Kirchen Kenias* sind diese doch ein bestimmender und nicht zu übersehender Faktor im kirchlich-religiösen Spektrum des Landes. Daß sich Kenia heute als christliches Land bezeichnet, beruht nicht zuletzt auf dem Wirken dieser zahlenmäßig oft kleinen, aber äußerst aktiven Gruppierungen. Sie stellten von Anfang an eine Herausforderung für die großen Kirchen dar und verstärkten somit sowohl deren Engagement als auch deren Anpassung an die kulturellen Grundlagen des Landes. Die Entstehung dieser Kirchen ist hauptsächlich auf zwei Perioden zurückzuführen: in den zwanziger

und dreißiger Jahren stellten sie eine Reaktion auf eine unnachgiebige Haltung der Missionskirchen, z. B. in Fragen der Polygamie, dar. Viele Christen folgten dem Ruf nach unabhängigen und mit der einheimischen Tradition verbundenen Kirchen. Während und nach dem Zweiten Weltkrieg folgten weitere Neugründungen im Zusammenhang mit den Unabhängigkeitsbemühungen. Den von ausländischen Missionaren geleiteten Kirchen wurde der Vorwurf gemacht, zu sehr mit der Kolonialmacht Großbritannien zusammengearbeitet zu haben. Rivalität, Vorurteile der Rasse und des Stammes und schließlich der Impuls durch Erweckungsbewegungen gaben den Anstoß zu weiteren unabhängigen Kirchen (vgl. Kenya Churches Handbook, Kisumu 1974). Schließlich bot die historisch begründete Vielfalt des kulturellen Erbes Anlaß zur Vielfalt religiöser Ausdrucksformen.

An der Einstellung zur nationalen Unabhängigkeitsbewegung schieden sich die Geister der christlichen Kirchen. Während die unabhängigen Kirchen fast geschlossen hinter ihr standen, hielten sich die Erweckungs- und Missionskirchen weitgehend zurück. Die Diskrepanz wurde noch dadurch verstärkt, daß die Kolonialregierung 1952 alle Einrichtungen der unabhängigen Kirchen schließen ließ, während die großen Kirchen dadurch indirekt die Unterstützung der Kolonialmacht erhielten. Mit Erlangung der Unabhängigkeit 1963 kam natürlich auch wieder die Stunde der unabhängigen Kirchen. Doch ist es wohl in erster Linie Präsident Kenyatta zuzuschreiben, daß es nicht zu einer Benachteiligung der großen Kirchen gekommen ist.

Die Erfahrung der mit der jeweiligen politischen Einstellung verbundenen kirchlichen Spaltung hat — bis heute prägend — die Haltung vieler Christen beeinflusst, sich nun gänzlich aus politischen Dingen herauszuhalten oder aber unkritisch die sich gerade an der Macht befindliche Autorität zu unterstützen. Aus dieser Mentalität heraus ist wohl auch ein Hirtenbrief der katholischen Bischöfe des Landes zu verstehen, den sie im August 1974 anlässlich der im Oktober 1974 abgehaltenen Wahlen veröffentlichten. Darin hieß es u. a.: „Es ist unsere Pflicht, daß wir als eure Bischöfe ernsthaft zu euch über Angelegenheiten sprechen, die euer gesamtes Wohlergehen betreffen. Die kommenden Wahlen sind ein solches Ereignis. Viele neigen dazu, zu glauben, Wahlen seien rein politische Angelegenheiten und sollten deshalb den Politikern überlassen bleiben.“ Die Bischöfe verweisen deshalb auf Konzilsaussagen („Gaudium et spes“) zur Abhängigkeit bzw. Abgrenzung der politischen Sphäre von dem Aufgabenbereich der Kirche. Der Hirtenbrief fand gerade auch in nicht-katholischen Kirchen Kenias große Beachtung und gilt allgemein als Beispiel dafür, wie christliche Kirchen sowohl das politische Engagement ihrer Mitglieder fördern und sich dennoch vor Einmischung in parteipolitische Auseinandersetzungen bewahren können. Allerdings befanden sich die Bischöfe Kenias insofern in einer günstigen Position, als nur die Einheitspartei KANU Kandidaten

zur Wahl aufstellen konnte. So konnten sie sich auf Empfehlungen beschränken, die Moral und Charakter der oft zahlreichen für die gleiche Partei in einem Wahlkreis Kandidierenden betrafen. Bei der Wahlentscheidung sollten sich die Christen von folgenden Kriterien leiten lassen: Sind die Kandidaten charakterfest und integer, haben sie moralischen Mut? Sind sie praktisch befähigt? Respektieren sie den religiösen Glauben der Familien und Minoritäten? Achten sie die Rechte der Eltern, ihre Kinder entsprechend ihrem Gewissen zu erziehen? Betrachten sie sich als Repräsentanten der gesamten Religion, des Stammes oder der sozialen Klasse?

Die Entscheidung sollte dazu dienen, „zurechtzubiegen, was falsch ist, die Selbstsüchtigen zu eliminieren und durch solche zu ersetzen, die — hoffentlich — sich selbst vergessen im Dienst an ihrem Volke“. Kenia kann sich nach Meinung der Bischöfe glücklich schätzen, daß es im Gegensatz zu anderen afrikanischen Nationen nicht von einer „Ordnung aus Furcht“ oder einem „Gesetz des Gewehres“ regiert wird. Dennoch sind „die Versuchungen, die den Weg eines Politikers kreuzen, zahlreich. Nur wenige überleben solche Versuchungen. Aber Deine Stimme kann helfen, die Unwürdigen auszuschließen und die Qualität des neuen Parlaments von Kenia zu verbessern.

Unter dem den „Uhuru“- (Freiheits-) Ruf ablösenden, von Präsident Kenyatta geprägten Motto „Harambee“ (Laßt uns zusammenwirken) wurden von Anfang an auch die christlichen Kirchen einbezogen. Kenyatta rief sie alle auf, gemeinsam am Aufbau des jungen Staates mitzuwirken. Noch mehrmals in der Folgezeit verwies er auf die Notwendigkeit und Normalität guter Beziehungen zwischen Staat und Kirchen. Aber ähnlich wie bereits 1969 könnten auch die jüngsten Ereignisse im Zusammenhang mit der Ermordung Kariukis das Verhältnis belasten. Damals hatten die Kirchen energisch gegen die bekannt gewordenen neuen Eidesleistungen unter den Kikuyu protestiert. Der Präsident wurde sich erstmals der Macht und des Einflusses der Kirchen bewußt und mußte in einer Absprache mit kirchlichen Vertretern den Fall bereinigen. Die Kirchen selbst schienen damals überrascht zu sein von ihrem Einfluß. Heute glauben sie, in einer ähnlichen Situation härter bleiben zu können und sich nicht auf einen Kompromiß einlassen zu müssen.

Dieser Fall könnte schon bald eintreten, da im Gefolge der März-Ereignisse die Kirchen gemeinsam massive Kritik an den in Kenia herrschenden Besitzverhältnissen und an der „wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich“ (in der gemeinsamen ostafrikanischen Zeitschrift „Target“) geübt haben. Die Zeitschrift erklärte, während Kenias Wirtschaftswachstum anderen Staaten Afrikas voraus sei, habe sich „im Leben der Armen enttäuschend wenig verändert“. Die Unterprivilegierten, „die nicht in der Lage sind, ihre Familien zu ernähren, zu kleiden und unterzubringen, seien durch abstrakte Statistiken vom Wirtschaftswachstum nicht zu beeindrucken“. Gewarnt wurden „alle in den Führungspositionen“, eine solche Situation schaffe keine dauerhafte Stabilität. Noch sind direkte

Reaktionen der Regierung auf diese Kritik ausgeblieben, wahrscheinlich nicht zuletzt deshalb, weil das in aller Welt Aufmerksamkeit erregende Ereignis der 5. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen, von dem sich Kenias Führung sicherlich eine Aufwertung und Prestigegewinn verspricht, nicht in Frage gestellt werden soll. Der Nationale Christenrat Kenias (NCKK) erhielt erst im Oktober vorigen Jahres eine besondere Würdigung, als der Präsident den methodistischen Bischof *Lawi Imathiu* in die Gruppe der 12 Abgeordneten berief, die nicht gewählt, sondern vom Präsidenten direkt bestimmt werden. Auch im politischen Leben Kenias sind die Kirchen paritätisch vertreten. So werden die religiösen Führungspersönlichkeiten zum Gebet anlässlich der Parlamentsöffnung und nationaler Feiertage eingeladen. Die politischen Repräsentanten scheuen sich nicht, Kenia als ein christliches Land herauszustellen. Das mittlerweile *vom Staat übernommene kirchliche Schulwesen*, das vor der Unabhängigkeit eine der Säulen kirchlicher Betätigung darstellte, wurde im Gegensatz zu anderen afrikanischen Ländern nicht zum Zankapfel zwischen Staat und Kirchen. Vielmehr hat sich ein System der Kooperation herausgebildet, bei dem die früheren kirchlichen Träger noch eine Art Patenschaft behalten haben, die ihnen die Möglichkeit einräumt, zusätzlich zum allgemein verbindlichen Curriculum religiöse Unterweisung in vielfältiger Form ins Unterrichtsgeschehen einzubringen. Nach kirchlicher Darstellung leisten die christlichen „Paten“ damit aus ihrer religiösen Überzeugung heraus zusätzlich einen Beitrag zur Erziehung zur Einheit, zum sozialen Wandel und zum afrikanischen traditionellen Erbe.

Afrikanisierung fortgeschritten

Diese besondere Form kirchlicher Mitsprache ist eigentlich nur deshalb möglich, weil die christlichen Kirchen mehrheitlich keine „Auslandskirchen“ mehr sind. So beruht auch die stetige Zunahme des christlichen Bevölkerungsanteils um durchschnittlich 300 000 jährlich hauptsächlich auf folgenden günstigen Faktoren: Bisher haben die Kirchen völlige Aktionsfreiheit, die Afrikanisierung der kirchlichen Kader ist bereits fortgeschritten (wenngleich bei der katholischen und anglikanischen sowie der Afrikanischen Inlands-Kirche und den baptistischen Kirchen die Zahl der ausländischen Kräfte noch über der der einheimischen liegt), die Mehrzahl der Politiker ist christlich. Präsident Kenyatta selbst ist Gründungsmitglied der „Unabhängigen Pfingstkirche“.

Aber die durch Stammesgegensätze hervorgerufenen Spannungen in der Gesellschaft haben auch vor den Kirchen nicht haltgemacht. Zwar lassen sich nur wenig präzise Angaben über den Einfluß der Stammeszugehörigkeit auf Führung und Mitgliedschaft der Kirchen und auf die Rückwirkungen auf das Verhältnis Staat—Kirche finden, doch machen einige Fakten die Problematik einigermaßen klar: Die Presbyterianische Kirche ist fast ausschließlich

eine Kirche des größten Stammes, der Kikuyu. Da auch die Regierung in der Hauptsache aus diesem Stamm gebildet wird, zeichnet sich neuerdings die Entwicklung ab, daß die Presbyterianische Kirche die angestammte Rolle der ethnisch pluraleren Anglikanischen Kirche als „Quasi-Establishment bezüglich des direkten und privaten Zugangs zum Sitz der Macht“ übernimmt. Bei Anglikanern und Katholiken ist ein eindeutiges Übergewicht einer Führungsschicht aus West-Kenia (Luo und Luya) festzustellen, wodurch diese Kirchen ein besseres Gespür für den Mißbrauch der Macht durch die Regierung zu haben scheinen. Schließlich überwiegt bei den kleineren Stämmen der Einfluß konservativer Evangelikaler. Dadurch scheint ihnen eine Revolte gegen die Kikuyu besonders in Fragen des Bodenrechts und der Berücksichtigung ihrer historischen Ansprüche auf das „Weiße Hochland“ unmöglich und der Protest entschärft zu sein — sie finden sich mit den Gegebenheiten ab. Diese *Einflüsse des Stammesdenkens* auch auf die Kirchen erschweren natürlich auch die Mithilfe der Kirchen bei der Schaffung der Einheit des jungen Staates.

Seit langer Zeit bemühen sich Vertreter der Kirchen um zumindest teilweise Kooperation. Die Erfolge sind bisher jedoch noch minimal. Ein bedeutsamer Fortschritt in dieser Richtung war die Zusammenfassung von Fakten über alle christlichen Gemeinschaften des Landes in einem Handbuch (*Kenya Churches Handbook*, Kisumu 1974), womit erstmals ein Überblick über die religiöse Zersplitterung geboten wird. In einzelnen caritativen Bereichen gibt es im übrigen oft sehr gute gemeinsame Arbeit. Aber manchmal scheint es, als ermögliche erst die Herausforderung durch irgendwelche Regierungsmaßnahmen ein Zusammenstehen der Kirchen.

Im *sozialen Bereich* sind es in erster Linie die großen protestantischen Kirchen gewesen, die durch ihre Aktivitäten und ihren Einsatz (z. B. in den Slums der Städte) das Ansehen der Kirchen gesteigert haben. Die Katholiken haben sich zu lange fast ausschließlich auf die Arbeit unter der Landbevölkerung konzentriert und die durch die Urbanisierung und Landflucht verursachten Probleme unbeachtet gelassen. Auch auf anderen Gebieten muß die katholische Kirche, obwohl die stärkste Mitgliedskirche des Landes, einige Reformen nachholen, die die protestantischen und unabhängigen Kirchen schon seit längerem verwirklicht haben. Neben der Entwicklung einer Großstadt-Pastoral nannten die katholischen Bischöfe Kenias bereits 1972 in einem Langzeitprogramm folgende Aufgabengebiete, die mit Dringlichkeit bearbeitet werden müßten: Es müßten Möglichkeiten entwickelt werden, den Mangel an Integration der Kirche mit der jeweils regionalen Kultur und Bevölkerung aufzuheben und Ersatz für die dem afrikanischen Wesen fremde Liturgie zu finden. Ferner sei die Rolle der Kirche in einem sich rapide wandelnden Staat zu definieren und Abhilfe zu schaffen, daß der Verzug der Kirche in ihren Reaktionen auf die spezifischen und ständig wachsenden Probleme der städti-

schen Bevölkerung aufgehoben wird. Die Überbetonung des klerikalen Aspekts der Kirche müsse zugunsten eines verantwortlichen Einsatzes der Laien aufgegeben werden. Dringend geändert werden muß das Bild einer Kirche von Einzelnen — entwickelt werden muß ein verwirklichter und lebendiger christlicher Gemeinschaftsgeist. Sorge bereitet den Bischöfen die Tatsache, daß die Katholische Kirche überwiegend eine Kirche von Frauen und Kindern ist, in der sowohl Männer und die ältere Generation als auch eine erkennbare Rolle für sie fehlen. Als schwerwiegendes Versäumnis bezeichneten sie es, daß bisher keine realistische und spezifische pastorale Konzeption für die nicht unbedeutende Zahl von *Nomaden* im Norden des Landes entwickelt worden ist. Als Hindernis für die Evangelisierung nennen sie die Irrelevanz vieler Katechesen, den Mangel an Kommunikation in der Kirche zwischen Menschen verschiedener Herkunft, verschiedenen Alters und unterschiedlicher Interessen sowie das Versäumnis, Leitbilder besonders im sozialen Bereich zu entwerfen, und die mangelnde Adaptation vieler spezifischer Trends in der Theologie seit dem Konzil. Mit Hilfe eines Pastoral- und Forschungsinstituts soll zur Lösung der Probleme beigetragen werden.

Daß der Prozeß der Afrikanisierung bei den Katholiken noch am weitesten zurück ist, liegt nicht zuletzt am missionarischen Eigendasein entsprechend der nationalen Zugehörigkeit. Gerade aber der im politischen Bereich und bei den anderen christlichen Kirchen forcierte Afrikanisierungstrend hat die Katholiken zu einer Neubesinnung herausgefordert. Gab es 1949 noch keinen afrikanischen Bischof, so sind es heute 7 in 10 Diözesen und einer Erzdiözese. Die Zahl der afrikanischen Priester stieg von 13 auf 97 im gleichen Zeitraum und die der afrikanischen Schwestern von 126 auf 757. Als Missionspriester waren Ende 1974 noch 688 und als Missionsschwestern 785 tätig. Die einheimischen Schwestern stellen mittlerweile eine bedeutende Kraft dar. Man vertraut ihnen Pfarreien zur selbständigen Verwaltung an, und sie sind autorisiert zur Leitung sonntäglicher Gottesdienste und von Andachten, zur Kommunionausteilung, zur Erteilung von Kinder- und Erwachsenenkatechesen und zur Vorbereitung der Katechumenen auf die Taufe. Dies war nur möglich durch eine verbesserte Ausbildung der Schwestern selbst.

Von der 5. Vollversammlung des ÖRK erwarten im Grunde alle Christen Kenias — sicherlich auch die Katholiken — Impulse und Anregungen. Gleichzeitig hoffen sie, die Christen in aller Welt auf ihre Probleme aufmerksam machen und ihnen ebenfalls wichtige Erkenntnisse und Hilfen vermitteln zu können. Daß erstmals eine Vollversammlung auf afrikanischem Boden abgehalten wird (nachdem die Planung für Indonesien an dem Widerstand der Moslem-Mehrheit gescheitert war), ist jedenfalls insofern kein Zufall, als die Vielfalt christlichen Lebens Seite an Seite mit anderen großen Religionen ein Spiegelbild der Vielfalt des Weltrates und seiner Situation in der Welt ist.

Norbert Sommer